

Antrag

Der Seniorenbeirat der Stadt Wedel beantragt: Der Rat der Stadt Wedel oder der zuständige Ausschuss möge beschließen, dass die Verwaltung mit den zuständigen Stellen des HVV und der PVG dafür sorgt, dass der Bus der Linie 289 so fährt, dass **Anschluss-Busse und -Bahnen auch ohne Hetze** oder langes Warten erreichbar sind.

Begründung

Es wohnen viele ältere Menschen im Bereich der Buslinie 289. Wenn diese außerhalb der Hauptverkehrszeiten mit der Bahn nach Hamburg fahren wollen oder müssen, sind sie auf den Bus 289 angewiesen. Parkplätze im Bereich des P&R sind dann nicht mehr zu bekommen. Für den Umstieg vom Bus zur Bahn und umgekehrt sind aber laut Fahrplan nur 3-5 Minuten vorgesehen. Dies ist für Menschen mit Gehschwierigkeiten schwer zu schaffen, so dass diese dann bis zu 20 Minuten warten müssen. Außerdem ist weder der Bus noch die Bahn immer pünktlich, so dass schon bei geringfügigen Verspätungen der Bus bzw. die Bahn abgefahren sind. Ganz besonders schwierig wird es, wenn der Bus abends oder am Wochenende nur alle 40 Min. fährt. Dann bleibt nur noch Taxi, was nicht für jeden erschwinglich ist. Unser Vorschlag zur Verbesserung lautet daher, dass der Bus immer um 10 Min. verschoben zu dem jetzigen Plan fährt. Dann ist außerhalb der Hauptverkehrszeiten eine Umsteigemöglichkeit von 13 bis 15 Minuten gegeben, so dass keiner mehr hetzen muss. Ein lediglich späteres Abfahren am Bahnhof würde bedeuten, dass der Bus den Rundkurs nicht zur nächsten Bahn schafft.

27/10.16
A. L.

**Redebeitrag zum
Haushaltsentwurf 2017
in der Ratssitzung am 15.12.2017**

**Sehr geehrter Herr Stadtpräsident.
Sehr geehrte Ratsmitglieder,
meine Damen und Herren,**

**die Beschlussvorlage für die Haushaltsatzung 2017 steht zur
Entscheidung an.**

**Mit einem Volumen von rd. 72 Mio. € und einem geplanten
Jahresüberschuss von rd. 1 Mio. € erfüllt dieser Haushalt
die selbst gesteckten Zielvorgaben des Rates und stellt
einen wichtigen Schritt auf dem Weg zurück in die
dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt dar.**

**Nach den heutigen Erkenntnissen haben wir mit den
prognostizierten Jahresergebnissen 2015 und 2016
ebenfalls die Zielvorgaben erfüllt und damit das Tal der
Tränen verlassen, in das uns die gigantischen Steuerausfälle
der Jahre 2012 - 2014 gestürzt haben. Auch die
mittelfristige Finanzplanung bis 2020 sieht nach den
jüngsten Entlastungen des Bundes, die im Entwurf jetzt
berücksichtigt sind, freundlicher aus.**

**Also können wir in weihnachtlicher Stimmung sagen: „Alles
ist gut!“?**

Die Antwort lautet ja und nein.

**Ja, denn wir haben die positiven Ergebnisse auch eigenen
Entscheidungen und einer sparsamen Bewirtschaftung des
Haushaltes zu verdanken, aber eben auch anziehenden
Steuereinnahmen. Positiv ist auch, dass Rat und Verwaltung
auf der Klausurtagung in Neumünster nicht nur den oft
zitierten „Geist von Neumünster“ aus der Flasche geholt
haben, sondern vielmehr, dass wir auf dieser Klausurtagung**

ein fraktionsübergreifendes Verständnis für die finanzielle Lage und Perspektive der Stadt entwickelt haben und einen ersten Schritt in Richtung auf eine neue Vertrauenskultur gegangen sind.

Dieses ist das wichtigste Gut im Hinblick auf die Lösung drängender Zukunftsfragen bei engen finanziellen Rahmenbedingungen. Gerade beim Nein-Sagen brauchen wir Gemeinsamkeit oder zumindest gegenseitigen Respekt ohne dass politische Standpunkte verwischt werden.

Aber kommen wir zurück zur Ausgangsfrage. Ist also alles gut?

Die Antwort lautet auch Nein, denn wir haben noch einen Riesenberg aufgelaufener Defizite abzuarbeiten, hinter den positiven Jahresergebnissen stecken auch Einmaleffekte und für die Zukunft bestehen gerade bei der stets volatilen Gewerbesteuer heute nicht bezifferbare Einnahmerisiken. Wir haben also noch viele Hausaufgaben zu erledigen. Gerade in Zeiten planmäßiger Haushaltsbewirtschaftung sollten wir uns gemeinsam Zeit und Muße nehmen, immer wieder auch Bestehendes in Frage zu stellen und Sparmöglichkeiten zu ergreifen, wenn sie sich auftun. In schwierigen Zeiten ist die politische Priorisierung von Aufgabenfeldern das richtige Mittel, um trotz Sparsamkeit die Erwartungen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen.

Der Einstieg in die strategische Steuerung der Stadt, den wir uns gemeinsam vorgenommen haben, ist zumindest in diesem Sinne alternativlos.

Der Haushaltsentwurf 2017 bietet ein solides Fundament für unsere weitere gemeinsame Arbeit.

Die Entwicklung der Ergebnishaushalte seit 2015 ist ein gutes Signal und deshalb empfehle ich Ihnen die Zustimmung.

Haushaltsrede für die WSI-Fraktion am 15. 12. 2016

Sehr geehrte Damen und Herrn,

In diesem Jahr liegt uns ein Haushaltsentwurf mit einem Überschuss von knapp über 1 MEuro vor. Ich möchte mich gleich zu Beginn im Namen der WSI-Fraktion bei der Verwaltung für die gute Vorarbeit bedanken.

Dieser HH-Entwurf ist aus mehreren Gründen erfreulich: Es ist das erste Mal seit Einführung der Doppik, dass wir einen so hohen Überschuss im Haushaltsplan ausweisen. Dazu kommt, dass es sich dabei sogar ziemlich genau um den Betrag handelt, den wir nach unseren neuen Haushalts-Grundsätzen zum Abbau unseres bisher aufgelaufenen Defizits jährlich erzielen wollen. Dieses Ziel erscheint realistisch, da unsere Steuereinnahmen für 2017 fast so hoch ausfallen wie im Rekordjahr 2010. Das wird im Wesentlichen dadurch möglich, dass unser Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer in den letzten Jahren regelmäßig kräftig angestiegen ist. Dadurch wurde der Verlust aus der Gewerbesteuer inzwischen fast ausgeglichen.

Daher kann die Stadt Wedel auch im kommenden Jahr wieder eine Vielzahl von freiwilligen Leistungen vor allem im Bildungs- und Sozialbereich zusagen. Ja, wir konnten die Leistungen sogar etwas ausbauen. Man erkennt das daran, dass die Ausgaben für den Personalbereich um satte 7% auf über 18 MEuro steigen. Neben den Lohnerhöhungen können dafür vor allem in Schulen und Kindergärten einige dringend benötigte Stellen endlich aufgestockt oder neu eingerichtet werden.

Dabei dürfen wir aber nicht verkennen, dass wir immer noch mit erheblichen finanziellen Risiken leben, um deren Beseitigung wir uns in nächster Zeit weiter bemühen müssen. Obwohl wir in den beiden letzten Jahren schon ziemlich ordentliche Jahresüberschüsse erzielt haben, belaufen sich unsere von früher vorgetragenen Jahresfehlbeträge immer noch auf über 15 MEuro. Diese müssen wir in Zukunft noch abtragen. Daher haben die Fraktionen weitere Beratungen zur strategischen Haushaltssteuerung mit Zielen und Kennzahlen für das kommende Jahr verabredet, an denen sich die WSI mit Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß beteiligen wird.

Die besondere Herausforderung der Unterbringung und Eingliederung von Hunderten weiterer Flüchtlinge hat die Stadt Wedel bisher gut gemeistert. Das verdanken wir insbesondere den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern aus der Bevölkerung, dem gut funktionierenden sozialen Netz in Wedel und dem engagierten Einsatz der Mitarbeiter in der Stadtverwaltung. Inzwischen ist mit neuen staatlichen Mitteln auch eine organisatorische Infrastruktur zur Entlastung der amtlichen und ehrenamtlichen Helfer entstanden. Und die Stadt ist den Neubau von Unterkünften verantwortungsbewusst und konsequent angegangen.

Dem großflächigen und kurzfristigen Ausbau von Wedel Nord steht die WSI-Fraktion kritisch gegenüber, wir setzen eher auf innerstädtische Verdichtung. Wir erkennen natürlich den Bedarf an sozial gefördertem Wohnraum in Wedel. Wir glauben aber nicht, dass wir hier in Wedel die Probleme der Hamburger Wohnungsinfrastruktur lösen können, indem wir weite Bereiche unserer Gemarkung zubauen. Und uns fehlen in nächster Zeit auch die Mittel für die dazu nötige Verkehrs-, Sozial- und Bildungsinfrastruktur.

Wir hoffen sehr, dass die Arbeiten an unseren Großprojekten Schulauer Hafen und Business-Park möglichst zeitnah abgeschlossen werden und die Nutzungsphase beginnen kann. Erst dann werden wir wieder größeren Spielraum bekommen für die notwendigen Investitionen in unsere übrige Infrastruktur, vor allem bei Kitas und Schulen.

Die WSI-Fraktion wird dem vorliegenden HH-Vorschlag mit Stellenplan für 2017 nach sorgfältiger Abwägung zustimmen. Unsere Fraktion hat schon in den beiden letzten Jahren durch Ihre Zustimmung zu den Haushalten die erfolgreiche Stabilisierung der städtischen Finanzen und die schrittweise Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse ermöglicht. Dadurch ergaben sich in beiden Jahren erfreuliche Überschüsse, mit denen die Stadt bereits erste Schritte zum Abbau des Defizits beschritten hat. Wir fühlen uns darin bestärkt, dass wir weiterhin die städtischen Finanzen konsolidieren und die Bedingungen für erfolgreiche Unternehmen pflegen werden. Gleichzeitig wollen wir aber auch die Errungenschaften unserer Sozial-, Bildungs- und Kulturlandschaft mit Augenmaß weiter entwickeln.

S. Bakan für die WSI-Fraktion

Rede zum Haushalt 2017 für die Fraktion DIE LINKE im Rat am 15.12.16

Bei der letzten Einwohnerversammlung hat die Verwaltung nicht ohne einen Anflug von Stolz verkündet, dass die Neuformulierung unseres strategischen Ziels im Bereich der Finanzen, die neue, ehrgeizigere Sparpolitik von der Politik "einstimmig" beschlossen wurde. Das mag formal richtig sein, erweckt aber einen falschen Eindruck, denn im Rat haben sich 8 von 29 Anwesenden enthalten. Und gäbe es in unserer GemO die Bestimmung der bayerischen GemO, nach der bei Abstimmungen Enthaltungen nicht zulässig sind, hätte meine Fraktion mit Sicherheit dagegen gestimmt. DIE LINKE hat mit mehreren Änderungsanträgen versucht, die Sparbeschlüsse zu entschärfen und in der Umsetzung flexibler zu gestalten: Wir haben dafür Stimmen aus verschiedenen Fraktionen bekommen, aber leider nicht genügend. Im Rat gab es bei der Abstimmung über unsere drei Änderungsanträge jeweils bis zu 11 Ja-Stimmen und bis zu 4 Enthaltungen. Es existieren also durchaus Zweifel an der Umsetzbarkeit des von einer Mehrheit beschlossenen Sparkurses. Es bleibt abzuwarten, in was für Anträgen sich diese Skepsis nicht nur heute niederschlägt.

Zu den Kuriositäten unserer Haushaltspolitik gehört, dass wir uns bei unseren Sparbemühungen ausgerechnet von einem Beratungsunternehmen helfen lassen, das – wie man seit den sogenannten Luxemburg-Leaks weiß – große Konzerne durch "kreative Steuergestaltung" dabei unterstützt, Gewerbesteuern zu sparen und dadurch die Finanznot von Kommunen zu vergrößern.

Außer dem Wort "einstimmig" gibt es einen zweiten Begriff, der hinterfragt werden muss. Es ist der Begriff "abundant", der – wenn ich mich recht erinnere – ebenfalls auf der Einwohnerversammlung gefallen ist, und auch das nicht ohne Stolz. Eine Kommune ist kommunalrechtlich dann "abundant", wenn ihre Finanzkraft (gemessen am Steueraufkommen) höher ist als ihr Finanzbedarf und sie deshalb für zusätzliche Steuerzahler im Gemeindegebiet keine Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich erhält, die Zuweisungen also gedeckelt sind. Ich kannte das Wort "abundant" bisher nur aus dem Englischen, wo es so viel wie "reich", "üppig" oder "wohlhabend" bedeutet und meistens im Zusammenhang mit Schlaraffenland, paradiesischen Zuständen und Überfluss verwendet wird. Natürlich bedeutet der Fachausdruck "abundant" nicht, dass eine Kommune finanziell sorgenfrei ist, aber verglichen mit anderen jammert sie gewissermaßen auf hohem Niveau.

Von den Sorgen der Kämmerei und der Haushaltspolitiker zu den Sorgen eines Großteils derjenigen, die wir als Kommunalpolitiker vertreten. Dem WST von gestern war zu entnehmen, dass laut Armutsbericht der Bundesregierung die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland seit 2006 um rund 80.000 gestiegen ist, dass im vergangenen Jahr 800.000 mehr Menschen als fünf Jahre zuvor auf Hartz IV oder eine Mindestrente angewiesen waren und dass mehr als 20% der Beschäftigten zu Niedriglöhnen arbeiten. 2014 waren 19% aller Kinder armutsgefährdet. Es gibt auch kommunale Armutsberichte, in Wedel leider nicht. Aber es gibt Indizien: eine Tafel, und die Zahl derjenigen, die sie in Anspruch nehmen müssen, wächst. Es gibt eine Sozialberatung hier im Rathaus, die sich wahrlich nicht über zu wenig Arbeit beklagen kann. Und der Seniorenbeirat warnt seit Jahren vor einer

zunehmenden Altersarmut auch in Wedel. Zu recht, denn die Zahl der Über-65-Jährigen, die in Wedel auf Sozialleistungen angewiesen sind, hat von 2007 bis 2015 um 45 % zugenommen.

Es gibt bei uns 6.400 Mieterhaushalte, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Das sind gemessen an der Gesamtzahl der Mieterhaushalte 63 %, also mehr als jeder zweite.

Dagegen ist die Zahl der geförderten Wohnungen von 684 in 2010 auf 497 in diesem Jahr gesunken. Die Stadt hat zurzeit für 360 davon Belegungsrechte. Auf der Warteliste des zuständigen Fachdienstes standen am 1. Dezember 579 Berechtigte. Laut aktuellem GEWOS-Gutachten sind gerade mal 3 % des Gesamtwohnungsbestands preis- und/oder belegungsgebunden. Das erklärt, warum – ebenfalls laut Gutachten – "immer mehr Familien die Stadt in Richtung der Umlandgemeinden verlassen."

Kurz gesagt: In Wedel mag manches "abundant" sein, bezahlbarer Wohnraum ist es gewiss nicht, und das in einer Stadt mit höherem Mietpreisniveau und geringerer Wohnungsbautätigkeit als in vergleichbaren Gemeinden im Kreis Pinneberg. Fazit des GEWOS-Gutachtens: Eine erhebliche Zunahme von bezahlbarem Wohnraum ist (übrigens auch im Interesse der Vermarktung des Business Parks) unverzichtbar. Es sei denn, aus dem haushaltspolitischen Geist von Neumünster wird ein sozialpolitischer Ungeist von Wedel. Wir wollen keinen Bevölkerungsaustausch, der – zugespitzt ausgedrückt – junge Familien mit bescheidenem Einkommen durch gutbetuchte, großstadtflüchtige "Golden Ager" ersetzt. Wohnraum muss in Wedel für beide Gruppen vorhanden sein. Das ist durch innerstädtische Verdichtung nicht zu erreichen. 10-stöckige Wohntürme auf dem Schulauer Marktplatz oder ehemaligen Spielplätzen sind keine Lösung. Und wir müssen aufpassen, dass unser geförderter Wohnungsbau nicht unter die Räder kommt.

Anders gesagt: Wir brauchen möglichst schnell ein neues Wohngebiet in Wedel-Nord, und zwar mit einem möglichst hohen Anteil an gefördertem Wohnraum. Dem steht unseres Erachtens auch die fiskalische Wirkungsanalyse nicht entgegen. In der Variante A mit weniger WE ergibt sich für den Haushalt eine Mehrbelastung von jährlich 112.000,- Euro, in der Variante B mit mehr WE eine jährliche Mehrbelastung von 79.600,- Euro. In der Summe macht das in 25 Jahren 2,8 Mio. bzw. 1,4 Mio. Klingt nach viel, zugegeben.

Aber 2,8 Mio. sind etwa 1/10 dessen, was wir (inclusive Fördermittel) im schlimmsten Fall für den Umbau des Schulauer Hafen ausgeben. 2,8 Mio. sind weniger als die Hälfte dessen, was wir uns die neue Ostmole kosten lassen.

Die 1,4 Mio. aus der Variante mit mehr Wohnraum sind 1/7 dessen, was wir in einem Jahr zur Unterstützung der Stadtparkasse an Krediten aufgenommen haben. 1,4 Mio in 25 Jahren sind weniger als der Betrag, mit dem wir jedes Jahr (auch in diesem Haushalt) die Badebucht subventionieren.

Ich wünsche uns bei den Überlegen zu Wedel-Nord etwas von dem Mut, der Entschlusskraft und der Emsigkeit, mit denen die Maritime Meile und der Business Park, aber auch Schul- und KiTa-Bauten angepackt wurden. Angeblich hieß es seinerzeit, dass Wedel sich dabei eher an Baden-Baden als an Wanne-Eickel ausrichten soll. Wenn wir unsere Stadt zu einem lebenswerten Ort für alle Einwohner machen wollen, täte uns etwas weniger Starnberg und etwas mehr Elmshorn ganz gut.

Abschließend gesagt: Der Haushalt 2017 enthält unseres Erachtens keine neuen gravierenden Leistungskürzungen und unzumutbaren Belastungen für die Einwohner. Die liegen hoffentlich hinter uns. Unser Votum gilt allein diesem Haushalt, nicht dem dahinter stehenden Sparkonzept. Es ist dennoch so etwas wie ein Vertrauensvorschuss, der allerdings zeitlich begrenzt und inhaltlich bestimmt ist. Einem Haushalt 2018, der keine Anstrengungen unternimmt, Wedel-Nord mit einem mindestens 30-prozentigen Anteil geförderten Wohnraums zu realisieren, werden wir nicht zustimmen. Der Haushalt 2017 findet – mit einem dicken Dankeschön an die Verwaltung für die viele Arbeit und nach langer und nicht einfacher Suche – unsere Zustimmung.

Detlef Murphy

Haushaltsrede der FDP-Fraktion am 15. Dezember 2016
(es gilt das gesprochene Wort)

Zunächst möchten wir uns sehr herzlich bei der Kämmerei bedanken. Sie haben uns den Haushaltsplan pünktlich vorgelegt und die Haushaltslage so ausführlich und informativ beschrieben, dass nun jedem von uns klar ist, was in Zukunft zu tun oder zu unterlassen ist. Die Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen waren unaufgeregt und relativ problemlos. Das hat natürlich damit zu tun, dass der Haushalt 2017 ein positives Ergebnis von über einer Million ausweist. Für die Folgejahre sieht es nach der Prognose der Kämmerei schon ganz anders aus. Ein wichtiges Ergebnis unserer Klausurtagung in Neumünster war der einvernehmliche Beschluss, Leistungserweiterungen gegenfinanzieren zu müssen. Das führt zu einer hohen Ausgabendisziplin. Wir sollten diesen Beschluss an keiner Stelle aufweichen. Es wäre allerdings hilfreich, wenn uns die Verwaltung bei der Suche nach Kompensationsmöglichkeiten hin und wieder zur Seite stünde. Was uns gefreut hat: Dank unserer Hartnäckigkeit im UBF ist es gemeinsam mit CDU und SPD gelungen, Mittel für die Beleuchtung Holmer Straße bereitzustellen. Das wird den Jugendbeirat sicherlich sehr freuen. Soweit, meine Damen und Herren, das Positive.

Es ist, so glaube ich, nun auch bis zum letzten Bürger vorgedrungen, dass unsere Verschuldung ein Maß erreicht hat, das die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder extrem belasten wird, wenn wir jetzt nicht umsteuern. Vor einiger Zeit war die Headline auf Seite eins im WST - Wedel Schuldenkönig - , und das bei im Vergleich mit anderen Kommunen im Kreis sehr hohen Steuereinnahmen. Zu dieser Verschuldung haben wir alle – auch die FDP-Fraktion – über die Jahre beigetragen. Dagegen stehen allerdings wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder wie z.B. Schulneubauten und Kindertagesstätten. Den laufenden Haushalt haben wir dauerhaft belastet durch sinnvolle Mittel für Schulsozialarbeit, Sozialpädagogen und Ganztagsunterricht. Auch das sind Investitionen in die Zukunft, die sich nicht in Euro und Cent ausrechnen lassen.

Der Innenminister sagt uns (und das wussten wir schon vor ihm), dass die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Stadt nicht mehr gegeben ist. Und darum kürzte er uns mit einem Federstrich den Kreditrahmen. Voraussichtlich wird er das wieder tun. Und vielleicht wird er uns nun genau die 2,5 Millionen streichen, die die Mehrheit des Rates in das Bauprojekt Steinberg stecken will. Wir haben uns mehrfach gegen den Eigenbau und für eine Investorenlösung ausgesprochen, sind aber leider gescheitert. Aus diesem Grund haben wir im letzten Jahr den Haushalt abgelehnt. Und wir haben den letzten Haushalt auch abgelehnt, weil sich über Nacht plötzlich eine Mehrheit fand, die bereits im Haushalt eingestellten Mittel für die Nordumfahrung zu streichen. Und das nicht etwa nach langen Debatten im Planungsausschuss über Alternativen, sondern im UBF ohne Aussprache. Einfach so. Und dann dachten wir, es gäbe doch noch eine Alternative zur Nordumfahrung, weil nämlich die Grünen zu einem verkehrspolitischen Symposium eingeladen hatten, auf dem ein kompetenter Verkehrsplaner auftreten sollte. Und was passiert? Der Gutachter spricht sich eindeutig vor dem Hintergrund aller Untersuchungen und künftiger Trends für die Nordumfahrung aus. Also: Alternativen sind nicht in Sicht, die feste Finanzierungszusage aus Berlin ist da, SPD und Grüne in der Landesregierung haben dafür die entsprechenden Anträge und Befürwortungen nach Berlin geschickt. Aber ihre Parteifreunde in Wedel verhindern, dass überhaupt geplant werden kann. So weit, so schlecht.

Zurück zum Haushalt: Wenn die Prognosen der Kämmerei für die Folgejahre stimmen, werden wir im nächsten Jahr uns gemeinsam sehr anstrengen müssen, einen Haushaltsüberschuss von einer Million darzustellen. Das wird die Nagelprobe. Wir werden

uns aktiv an den erforderlichen Sparmaßnahmen beteiligen und werden versuchen, Mehrheiten für Kompromisse zu finden. Weniger Kompromisse wird es für uns allerdings auf dem Feld der Bildungs- und Kulturpolitik geben. Wenn wir unser Ziel trotz aller Anstrengungen nicht erreichen sollten, werden wir uns über Mehreinnahmen unterhalten müssen.

Und nun das Ergebnis unserer Beratungen zum Haushalt 2017:

Wir werden in diesem Jahr dem Haushalt zustimmen. Dies ist im Wesentlichen dem „Geist von Neumünster“ geschuldet. Denn in Neumünster haben wir die positive Erfahrung gemacht, wie sehr es sich lohnt, über die Parteigrenzen hinweg gemeinsam zum Wohle unserer Stadt zu handeln. Wir vertrauen heute mit unserer Zustimmung auf diese gute Erfahrung mit Ihnen, liebe Kollegen und Kolleginnen, und setzen auf die Zukunft, in der es uns gemeinsam gelingen wird, unsere schöne Stadt weiter nach vorn zu bringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Wedels Haushaltsentwurf 2017

Ratsversammlung am 15.12.2016, TOP 7

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,
liebe Kollegen,

vor uns liegt ein Haushaltsentwurf, der Gutes und Schlechtes enthält, Licht und Schatten.

Schatten... aus dem letzten Jahr, als für 8 Millionen Euro Kredite zum Bau von Notunterkünften in Eigenregie durchgepeitscht wurden, weshalb die CDU den Haushalt 2016 auch ablehnte.

Licht... weil es gelungen ist, einen Haushalt mit einem Jahresüberschuss von 1 Million Euro vorzulegen, der den mit breiter Mehrheit gefassten neuen Strategischen Finanzziele der Stadt entspricht.

Schatten... weil er die erforderlichen Weichenstellungen für eine langfristig gesunde Stadtentwicklung Wedels nicht stellt, weil Planungskosten für notwendige Straßenbaumaßnahmen in Wedels Norden gestrichen oder verschoben wurden.

Licht... weil dieser Haushaltsentwurf in anderen wichtigen Bereichen die richtigen Schwerpunkte setzt, bei Familien, bei Kindern, bei der Bildung.

Schatten... weil aus Kurzsichtigkeit die Mittel für den dringend erforderlichen City-Manager nicht bereitgestellt wurden und es auch mit dieser Fehlentscheidung zusammenhängen mag, dass sich Wedel Marketing im nächsten Jahr einen neuen Vorstand suchen muss.

Licht... weil durch die Entscheidung des Kreistags, einen mittleren Millionenbetrag in die KiTa-Sozialstaffel zu pumpen, der Wedeler Haushalt um 20.000 Euro entlastet wird.

Schatten... weil durch die Entscheidung des Kreistags, einen mittleren Millionenbetrag in die KiTa-Sozialstaffel zu pumpen anstatt die Kreisumlage zu senken, wie von der CDU beantragt, der Wedeler Haushalt **nicht** um mehrere hunderttausend Euro entlastet wird.

Licht... weil sich die weise Entscheidung des Rates, der Wedeler Stadtparkasse 10 Millionen Euro als Ergänzungskapital zur Verfügung zu stellen, mit einem positiven Ergebnisbeitrag von 465.000 Euro bemerkbar macht – also fast der Hälfte des gesamten Jahresüberschusses.

Schatten... weil es nur durch den Verkauf von Grundstücken gelingt, den Haushalt auszugleichen und einen Überschuss zu erzielen und das strukturelle Defizit von rund 2 Millionen Euro auch im nächsten Jahr auf unseren Entscheidungen lasten wird.

Licht... weil dies der letzte Haushalt sein wird, den wir vor allem über Geld steuern, da wir ab dem nächsten Jahre über **Prioritätensetzung** in den Fachausschüssen Gelder zuteilen werden.



Dieser Haushaltsentwurf enthält Licht und Schatten, Chancen und Risiken. Es ist kein großer Wurf, kein Befreiungsschlag. Er verschafft der Stadt und der Kommunalpolitik eine Verschnaufpause, eine kurze Zeit zum Durchatmen, bevor wir uns dem Ernst des Lebens zuwenden müssen: der Haushaltskonsolidierung. Denn dieser Haushalt enthält auch Nebenwirkungen, positiven Nebenwirkungen. Er ist nämlich auch geprägt von Einmaleffekten, die wir nicht einfach für die Zukunft fortschreiben können. Diese Einmaleffekte lösen unsere Probleme nur im nächsten Jahr, sie entlassen uns nicht aus der Verantwortung für die Bürger dieser Stadt und für unsere Kinder, die Verschuldung und das Defizit zu senken, um dauerhaft Haushalte verabschieden zu können, in denen die Ausgaben nicht ständig die Einnahmen überschreiten.

Trotz aller Risiken und Nebenwirkungen überwiegt für die CDU das Positive in diesem Haushaltsentwurf. Und wir möchten unsere Zustimmung aber auch als Erwartungshaltung verstanden wissen, dass der Rat künftig wieder stärker an einem Strang zieht bei den vor uns liegenden wichtigen Themen, dass wir uns wieder stärker auf das Besinnen, was uns verbindet, als das zu betonen, was uns trennt.

Diesen frommen Wunsch zu Weihnachten möchte ich mit dem ausdrücklichen Dank verbinden an die Mitarbeiter der Verwaltung, die diesen Haushalt erarbeitet und eine ganze Reihe von Workshops für Politik und Verwaltung organisiert haben, bei denen wir alle wieder ein Stück näher zusammengerückt sind und einige Gräben haben überwinden können. Und ich schließe in meinen Dank auch die Ratsfraktionen mit ein, denn diese haben sich in diesem Prozess sehr konstruktiv eingebracht. Der Erfolg des neuen Steuerungsmodells hängt von uns allen ab, von jedem einzelnen von uns. Diese Chance sollten wir nicht leichtfertig aus der Hand geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael C. Kissig
Fraktionsvorsitzender



Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Antrag für den HFA am 5. Dezember 2016

Betreff: BV/2016/124 (Haushaltsplan 2017)

Wir beantragen, der HFA möge dem Rat empfehlen:

Für die Realisierung des B-Plans Nr. 76, Teilbereich 2 zwischen Schulauer und Gorch-Fock-Straße („Rad-/Fußwegeverbindung Geestrand“), sind im Haushalt 2017 mindestens die erforderlichen Mittel für

- a) die erforderlichen Vorentwurfsunterlagen für das B-Plan-Verfahren i.H.v. rund 80.000 €
- b) sowie für Planung, Grunderwerb und Ausgleichsmaßnahmen⁽¹⁾ i.H.v. rund 200.000 €

bereitzustellen. Das B-Plan-Verfahren soll entsprechend seiner bereits 2016 seitens Verwaltung und Politik festgestellten hohen Priorität 2017 zur Baureife gebracht werden. Dazu ist es auch erforderlich, mit den Eigentümern sehr frühzeitig (Ende 2016/Anfang 2017) Gespräche hinsichtlich des Verkaufes benötigter Flächen aufzunehmen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Kompensation für den Betrag von rund 280.000 €⁽²⁾ durch Verschiebung anderer Vorhaben aus dem Produktbereich Bauen und Umwelt zu erreichen und die zuständigen Ratsausschüsse entsprechend zu informieren.

⁽¹⁾ Der nicht bezifferte Teilbetrag für Ausgleichsmaßnahmen könnte ggf. noch herausgerechnet werden, weil diese wohl nicht schon 2017 eingeplant werden müssen.

⁽²⁾ Kostenangaben entsprechend der Planungsausschuss-BV/2016/114 vom 5.10.2016

zu TOP 7

Antrag

für die Ratssitzung am 15.12.2016, Top 7.3

Im Haushalt 2017 soll bei dem Produkt 5510-01703 ein Zuschuss von 25.000 Euro für den Schrebergarten-Verein Wedel e.V mit der Zweckbindung Erweiterung des Gemeinschaftshauses um einen Bürobereich berücksichtigt werden.

Begründung:

Der Schrebergarten-Verein Wedel e.V. ist der zweitgrößte Verein Wedels und trägt damit dazu bei, dass Wedel ein funktionierendes Vereinsleben hat. Dieses kann nur funktionieren, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Durch den Neubau des Vereinshauses bekommt der Verein eine Versammlungsstätte mit Büroräumen und viele Wedler Bürger mit kleinen Einkommen die Möglichkeit, die Räume für Familienfeiern zu mieten. Der Eigenanteil der Schreber liegt finanziell bei 10.000 Euro, so dass der Zuschuss von 25.000 Euro angebracht ist. Im Rahmen seiner Möglichkeiten ist der Verein bereit, zusätzliche ehrenamtliche Arbeitsstunden zu leisten, um das Projekt durchzuführen.

SPD Rede zum Haushalt 2017

Das Jahr 2016 war nicht nur für die große Politik ein besonderes.

Die Wahlbeteiligung und das Ergebnis der Bürgermeisterwahl war ein deutliches Zeichen für die Unzufriedenheit vieler Wedeler Bürger.

Sie fühlen sich im politischen Prozess nicht mitgenommen und vermissen den Bezug zu ihrer Lebenswirklichkeit.

Auch uns Kommunalpolitiker muss das nachdenklich stimmen.

Die SPD plädiert schon lange für mehr Transparenz und aktive Mitbestimmung bei städtischen Entscheidungen die das Lebensumfeld unserer Bürger berühren. Wie z.B. die desolaten Fuß- und Radwege.

Unser Ziel ist die Teilhabe aller Wedeler am gesellschaftlichen Leben.

Es besteht im zunehmenden Maße der Wunsch direkt mitbestimmen zu können. Das themenbezogene Engagement wächst.

Das ist richtig und gut um voneinander zu lernen, im Dialog zu stehen und um Entscheidungen mittragen zu können.

Wir wünschen uns, dass mehr Bürger sich kommunalpolitisch betätigen und ihr Wissen einbringen.

Unsere Stadt verändert sich.

Die größten Projekte sind der Businesspark und die mögliche nördliche Erweiterung der Stadt (Wedel Nord).

Nicht zu vergessen, die Umgestaltung des Schulauer Hafens.

Wir hoffen, dass nach seiner Fertigstellung das Ergebnis eine breite Zustimmung findet.

Wir wünschen uns alle, dass sich der Businesspark zügig entwickelt, natürlich im Einvernehmen mit den angrenzenden Anliegern.

Die hoffentlich baldige Schließung des Kraftwerkes eröffnet uns die Gestaltung des Elbhangs und die Fortführung des Elbwanderweges.

In naher Zukunft steht die Entscheidung für das Projekt „Wedel Nord“ an.

Ein Gutachten zeigt, dass für die Stadt erhebliche Kosten entstehen werden

Für die SPD ist entscheidend, dass, wie auch im Gutachten deutlich wird, beim Wohnungsbau die 30% für den sozial geförderten Wohnraum ein „MUSS“ ist..

In der Entwurfsplanung ist der geförderte Wohnungsbau nur im Geschosswohnungsbau vorgesehen.

Auf die Gesamtwohnfläche sind das nur ca. 10%.

Wir fordern auch für die übrige Bebauung einen entsprechenden Anteil wie die Gesetzeslage es zulässt.

Trotz der angespannten Finanzlage ist es der SPD gelungen eine Mehrheit für die bauliche Erweiterung der Gebrüder Humboldt Schule zu gewinnen.

Ein Unterricht in Containern kann nur für eine begrenzte Zeit geduldet werden.

Für die ASS hat die SPD eine mittelfristige Finanzierung für die Erweiterung auf den Weg gebracht.

Unser Antrag für eine angemessene IT Ausstattung der Schulen wird jetzt umgesetzt.

In diesem Jahr haben sich die Kommunalpolitiker und die Verwaltung verpflichtet, einen gemeinsamen Weg zu erarbeiten, um die Schulden abzubauen

Die SPD will sparen aber auch die Einnahmen verbessern.

Wir stehen für bezahlbaren Wohnraum und ein gutes Bildungsangebot für Jung und Alt.

Bei den freiwilligen Leistungen wie z.B. die Unterstützung von Sport, Kultur und sozialen Einrichtungen wurden im Haushalt 2017 keine Einsparungen vorgenommen.

Wir werden an unseren sozialdemokratischen Werten festhalten.

Für das Jahr 2017 hat die Verwaltung einen Entwurf vorgelegt, der mit einem Überschuss abschließt und von der SPD mitgetragen wird.

Wir haben große Hoffnung, dass auch die zukünftigen Haushalte solche Ergebnisse erzielen.

Sophia Jacobs-Emeis

Fraktionsvorsitzende

HAUSHALTSSATZUNG

der Stadt Wedel

für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 95 ff. der Gemeindeordnung wird nach Beschluss des Rates vom 15.12.2016 - und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde - folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird

- | | | |
|---|--|-----------------|
| 1. im Ergebnisplan mit | | |
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf | (Zeilen 10, 19 + 23 im Gesamtergebnisplan) | 72.521.000,00 € |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | (Zeile 17,20 + Zeile 24 im Gesamtergebnisplan) | 71.544.700,00 € |
| einem Jahresüberschuss von | | 976.300,00 € |

und

- | | | |
|--|--|-----------------|
| 2. im Finanzplan mit | | |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | (Zeile 9 im Gesamtfinanzplan) | 69.110.400,00 € |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | (Zeile 16 im Gesamtfinanzplan) | 69.236.500,00 € |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit auf | (Zeile 26 + Zeile 37 + Zeile 38 im Gesamtfinanzplan) | 24.463.400,00 € |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit auf | (Zeile 34 + Zeile 39 + Zeile 40 im Gesamtfinanzplan) | 27.036.900,00 € |

festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | |
|---|-----------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf | 10.674.900,00 € |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 1.000.000,00 € |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 35.000.000,00 € |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 274,94 |

§ 3

Die Hebesätze der Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 380% |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 380% |
| 2. Gewerbesteuer | 380% |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung die Bürgermeisterin ihre oder der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d der Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt 25.000 EUR.

§ 5

In den Teilfinanzplänen (§ 4 Abs. 5 GemHVO-Doppik) sind als Einzelmaßnahmen Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen auszuweisen, wenn der Auszahlungsbetrag für die Investition oder Investitionsmaßnahme mindestens 50.000 EUR beträgt.

§ 6

1. Die Aufwendungen und zugehörigen Auszahlungen der gebildeten Budgets im Ergebnisplan sind übertragbar. Ausgenommen sind die Ansätze nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und die Verfügungsmittel.
2. Übersteigen die Mehrerträge/Mehreinzahlungen eines Deckungskreises im Budget die Minderererträge/Mindereinnahmen (Anordnungssumme überschreitet die Ansätze) dieses Deckungskreises, so kann der übersteigende Betrag für Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen innerhalb des Deckungskreises verwendet werden. Mehrerträge/Mehraufwendungen sind übertragbar.
3. Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen in den gebildeten Budgets im Finanzplan sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 7

Für den Produktbereich 61 mit den Teilplänen 6110-01000 und 6120-01000 gelten folgende Regelungen:

- a) Mehrerträge/Mehreinzahlungen bei Steuern und allgemeinen Zuweisungen können für Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen im selben Jahr bei Umlagen verwendet werden.
- b) Die Zinsaufwendungen/Zinsauszahlungen sind gegenseitig deckungsfähig.
- c) Die Tilgungsauszahlungen sind gegenseitig deckungsfähig.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

1. von dem beschlossenen Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde genehmigt ein Teilbetrag von
2. von den beschlossenen Verpflichtungsermächtigungen wurde genehmigt ein Teilbetrag von

Wedel, den

S T A D T W E D E L
Der Bürgermeister

Schmidt